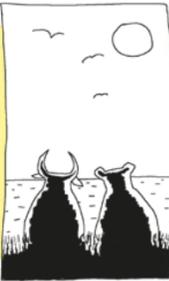


Sünder und Samariter

Von Jörn Schulz

Zu den Pflichten eines Papstes gehört es, sich als guter Hirte auch um das Seelenheil der auf-sässigsten und sündigsten Schäfchen zu bemühen. So gehörte US-Vizepräsident J. D. Vance zu den Letzten, denen

Was kümmert mich der Dax



eine Audienz bei Papst Franziskus gewährt wurde. 2019 zum Katholizismus übergetreten, tat sich Vance umgehend mit eigenwilligen theologischen Interpretationen hervor, ignorierte die Mahnungen des Papstes und machte sich damit der Todsünde des Hochmuts schuldig. Da auch die Todsünden Zorn, Trägheit des Herzens und Habgier Vance nicht fremd sind, könnte es dereinst schwierig werden, ihm den passenden Höllenkreis zuzuweisen.

In der katholische Kirche besteht eine überwiegend von Geistlichen gebildete rechtskonservative bis rechts-extreme Strömung, Verstärkung erhält sie seit einiger Zeit durch Konvertiten wie Vance. Sie schätzen den Traditionalismus und die Dogmentreue, weniger Sinn haben sie für die Tugend der Barmherzigkeit – die Franziskus hervorhob. Vance propagierte unter Berufung auf den spätantiken Theologen Augustinus die *ordo amoris*, eine Hierarchisierung der Nächstenliebe, bei der entsprechend der Doktrin der neuen US-Regierung für Menschen aus *shithole countries* wenig übrig bleibt; Franziskus verwies auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter, der einem andersgläubigem Fremden half.

Dogma und Hierarchie der Kirche hat Franziskus nicht angetastet. »Wenn Menschen um einen Segen bitten, sollte eine umfassende moralische Analyse nicht zur Voraussetzung für die Erteilung des Segens gemacht werden«, verkündete er jedoch 2023 und gestattete die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare. Er predigte auch mal gegen die Habgier und mahnte den Schutz von Flüchtlingen an. Wegen dieser Haltung galt er katholischen Rechten und Rechtsextremen als Linksabweichler. In kirchlichen Kreisen muss nach Franziskus' Tod am Montag eine Schamfrist eingehalten werden, bevor man über den Nachfolger diskutiert. Weniger pietätvoll sind die Wettbüros. Glaubt man deren Quoten, wird Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin der nächste Papst – er dürfte wohl Franziskus' Politik fortsetzen. Doch kann man davon ausgehen, dass die katholische Rechte ihre Kandidaten in Stellung bringen wird. Da Kardinäle zu den wenigen Mächtigen gehören, die nicht ständig in sozialen Medien ihre Ansichten hinausposaunen, tun sich auch Expert:innen schwer mit Vorhersagen. Sollte sich bei den kommenden Papstwahl zeigen, dass die weltweite Rechtsentwicklung ausgerechnet an der katholischen Kirche vorbeigegangen ist, könnte man das fast schon als Wunder werten.

»Janusz Waluś zeigt bis heute keine Reue«

Von Magda Wlostowska

Janusz Waluś war 1981 von Polen nach Südafrika ausgewandert. Der Verfechter der Apartheid ermordete 1993 einen prominenten Kämpfer gegen das erodierende rassistische System. In Polen wird er von Rechten und Rechtsextremen geradezu verehrt. Die Jungle World sprach mit Anna Tatar von der politisch unabhängigen Organisation Nigdy Więcej (Nie wieder) über den öffentlichen Zuspruch für Waluś. Anfang April hatte die Organisation, die sich gegen Rassismus und Antisemitismus in Polen einsetzt, einen Report zum Thema veröffentlicht.

Was hat es mit Janusz Waluś und dem öffentlichen Zuspruch für ihn auf sich?

Janusz Waluś ist 1981 als Arbeitsmigrant von Polen nach Südafrika ausgewandert. Kurze Zeit später schloss er sich südafrikanischen Nationalisten an und agierte gegen die Abschaffung des Apartheidregimes. 1993 schließlich verübte er ein Mordattentat auf Chris Hani, einen prominenten Vertreter des African National Congress (ANC) und Weggefährten Nelson Mandelas. Dafür erhielt er die Todesstrafe, die in eine Gefängnisstrafe umgewandelt wurde. Nach dem Ende seiner Haftstrafe wurde er vergangenen Dezember nach Polen überführt. Seitdem solidarisieren sich Rechte und Rechtsextreme mit ihm.

Warum erfährt er derart viel Unterstützung von der breit gefächerten Rechten in Polen?

Die Verehrung für Waluś war schon in den vergangenen Jahren beschämend groß. Während seiner 29jährigen Haftstrafe avancierte er förmlich zur Symbolfigur der Rechten. So haben zum Beispiel Fußball-Hooligans von Lechia Gdańsk regelmäßig ein Banner mit seinem Konterfei und dem Spruch »Stay strong, brother!« in Stadien gezeigt. Die Billigung von Straftaten ist verboten, aber weder Fußballvereine noch Behörden reagieren auf unsere Beschwerden.

Nach Waluś' Ankunft in Polen hat sich das noch verstärkt. Bei seinem Flug aus Südafrika begleitete ihn der ultrarechte Europaabgeordnete Grzegorz Braun, der auch bei der polnischen Präsident-

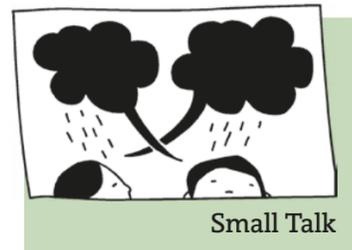
schaftswahl kandidiert. Waluś wurde seitdem bei mindestens zwei Wahlveranstaltungen Brauns gesichtet. Dieser ist ein langjähriger Unterstützer von Waluś und hat schon 2017 gefordert, dass die polnische Regierung sich für eine Haftentlassung einsetzt. Es wurden auch Kundgebungen vor der südafrikanischen Botschaft in Warschau veranstaltet.

Gibt es bei der polnischen Rechten über den Fall Waluś hinaus eine Affinität zum bis 1994 bestehenden südafrikanischen Apartheidregime?

Rechtsextreme Organisationen wie die Partei Narodowe Odrodzenie Polski (Nationale Wiedergeburt Polens) unterstützen Waluś seit Jahren. Vor kurzem veröffentlichte die rechtsextreme Website Nacjonalista.pl einen Beitrag über Eugène Terre'Blanche, der 1973 die neonazistische Burenbewegung Afrikaner Weerstandsbeweging (Afrikanische Widerstandsbewegung) gegründet hatte, die sich für den Erhalt der Apartheid einsetzte und mit der auch Waluś verbunden war.

Wird der Fall Waluś nur von linken Gruppen kritisch gesehen oder haben andere politische Kräfte sich auch ablehnend geäußert?

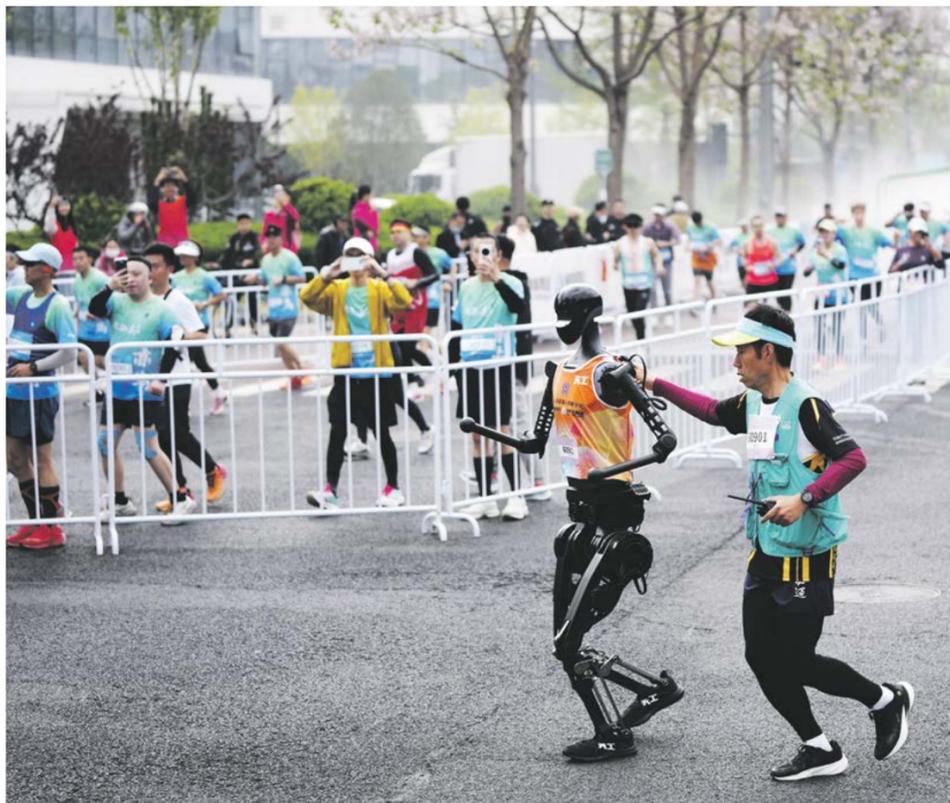
Waluś zeigt bis heute keine Reue. In zahlreichen Interviews verherrlicht er die Apartheid und den Rassismus. Ein Gespräch mit dem rechten Youtuber Krzysztof Stanowski – der ebenfalls als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen antritt – hat fast 800 000 Aufrufe. Darauf gab es viele Reaktionen von linken oder vielmehr demokratischen politischen Aktiven – und sogar eine Strafanzeige gegen Waluś. Wir begrüßen das, uns ist es aber vor allem wichtig, dass die Behörden endlich tätig werden und auch die Solidaritätsbekundungen mit dem Rassisten und Mörder Waluś strafrechtlich verfolgen.



Small Talk

»Man redet wie an eine Wand, da war nichts zu machen, auch die Fraktion war total begeistert von diesem Wir-kritisieren-die-Grünen und was weiß ich, das war ja ein Hype geradezu.« Bundesverkehrsminister Volker Wissing über das Verhalten der FDP in der Ampelkoalition

Die neue Langsamkeit



Vorerst werden sie wohl nicht die Menschen einholen. Am vergangenen Samstag nahmen 21 humanoide Roboter an einem Halbmarathon in Peking teil, sechs absolvierten die Strecke erfolgreich. »Tiangong Ultra« vom chinesischen Robotikunternehmen UbTech beendete das Rennen in 2 Stunden und 40 Minuten, nachdem Assistenten dreimal die Batterien gewechselt hatten und er einmal hingefallen war.

Der 150. Einzelfall

Porträt. Von Myrte Palatini

Das österreichische Online-Archiv »Stoppt die Rechten« listet Robert Podany als 150. rechtsextremen »Einzelfall« in der FPÖ seit 2021. Als FPÖ-Kandidat für die am 27. April anstehenden Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien hat er sich dadurch freilich nicht disqualifiziert. Podany steht gleich auf drei Listen, im Bezirksrat von Wien-Donaustadt dürfte ihm mit Listenplatz 7 ein Mandat sicher sein.

Dass die FPÖ unter Herbert Kickl zurück zu ihren Anfängen als einer Partei von Nazis und für Nazis strebt, ist nicht wirklich neu. Dass sie einen gerade erst wegen NS-Wiederbetätigung verurteilten Neonazi aufstellen lässt, ist aber ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Podany wurde im Dezember von einem Schwurgericht in Wien zu 17 Monaten bedingter Haft verurteilt, die als dreijährige Bewährungsstrafe vollstreckt wird. Die Anklage sprach von einer »Unmenge« an Delikten, mit denen Podany gegen das NS-Verbotsgesetz verstoßen habe; insgesamt waren es 89. Im Zuge mehrerer vom österreichischen Verfassungsschutz veranlasster Razzien in der Neonazi-Szene in den Jahren 2019 und 2020 war man eher zufällig auf Podany gestoßen. Bei einer Hausdurchsuchung fand man dann jede Menge NS-Devotionalien, unzählige einschlägige Bilder, Videos und Nachrichten in rechtsextremen Chatgruppen, dabei allerlei Witze über die Vergasung von Juden *et cetera*. Podany pflegte Kontakte zu Schlüsselfiguren der österreichischen Neonazi-Szene wie Gottfried Küssel und suchte Kontakt zu den Identitären.

Aber auch öffentlich hatte Podany seine extrem rechte Gesinnung mehrfach kundgetan. Social-Media-Grüße an die neonazistische deutsche Partei »Die Rechte«, Likes für einen Überfall von Nazi-Hooligans auf das linke Ernst-Kirchweg-Haus sowie die Teilnahme an Kranzniederlegungen am Grab des Nazi-Kampfpiloten Walter Nowotny gehörten zum braunen Kitsch während seiner Zeit als FPÖ-Berzirksrat von 2010 bis 2020 in Wien-Donaustadt. In der Bezirksorganisation störte das offenbar niemanden.

Laut Wiener Gemeindevahlordnung hätte Podany nach seiner Verurteilung gar nicht mehr kandidieren dürfen. Doch die FPÖ hat davon nach eigenen Aussagen leider nichts gewusst, auch dem Wahlreferat fiel es nicht auf. Nun habe man ihn aus der Partei ausgeschlossen, auf den Listen bleibt er aber.



Robert Podany